



Tätigkeitsbericht 2004

dowas für frauen

Durchgangsort für wohnungs-
und arbeitssuchende Frauen



Wir sind

Anlaufstelle für Frauen in Krisensituationen,
für Frauen mit existenziellen Problemen,
für wohnungslose Frauen

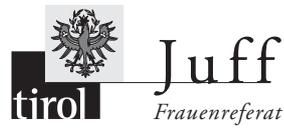
Wir bieten

Beratung, Begleitung,
betreute Wohnmöglichkeiten
und Hilfe bei der Existenzsicherung für Frauen,
die an der Veränderung ihrer Lebenssituation arbeiten wollen

Wir wollen

weiblichen Lebenswelten Raum geben
und Frauenrechte einfordern

BUNDEMINISTERIUM FÜR
GESUNDHEIT UND FRAUEN



Inhalt

Leitbild des Vereins	4
Mitarbeiterinnen 2004	6
Editorial	7
Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit	9
Der Vereinsvorstand 2004	10
Sparpolitik und Vernetzung	11
Sozialpolitischer Arbeitskreis Tirol	12
Definition, Spezifikas und die (Un)Möglichkeit leistbaren Wohnraum zu finden	13
Medienpräsenz	16
Kinderarmut	17
Frauen und Schulden	18
Kinder	20
Finanzierung	23
Statistische Daten der Beratungsstelle 2004	25
Statistische Daten zum Betreuten Wohnen 2004	33
Statistische Daten der Wohngemeinschaft 2004	38

Leitbild

Leitbild des Vereins DOWAS für Frauen

Durchgangsort für wohnungs- und arbeitssuchende Frauen und ihre Kinder

Wir sind ...

- ▶ Frauen
- ▶ beständig · widerständig · schon lange da
- ▶ politisch und · aber Partei unabhängig
- ▶ nicht profitorientiert (ein gemeinnütziger Verein)
- ▶ ein fachlich qualifiziertes Team mit sozial-arbeiterischen, pädagogischen, psychologischen und betriebswirtschaftlichen Ausbildungs- und Arbeitsschwerpunkten
- ▶ Anlaufstelle für Frauen und ihre Kinder

Wir treten auf gegen ...

- ▶ sozialpolitische Ungerechtigkeiten
- ▶ Ungleichbehandlung von Frauen
- ▶ Bevormundung von Frauen
- ▶ strukturelle, psychische und physische Gewalt an Frauen und ihren Kindern
- ▶ das Bestreben der öffentlichen Hand, sich zunehmend aus der Verantwortung · Finanzierung von sozialen Einrichtungen zurück-zuziehen

Wir wollen ...

- ▶ Frauen stärken
- ▶ die Kinder einbeziehen · ihnen wo nötig Parteistellung garantieren
- ▶ informieren
- ▶ für weibliche Lebenswelten Platz schaffen
- ▶ Raum für Zeit · Ruhe · Orientierung geben
- ▶ gesellschaftspolitisch Stellung beziehen · Frauenrechte einfordern
- ▶ als Team arbeiten
- ▶ professionelle Arbeit leisten und sorgen daher für entsprechende Rahmenbedingungen wie Supervision · Weiterbildung

Wir bieten ...

- ▶ Beratung
- ▶ Begleitung
- ▶ Betreute Wohnmöglichkeiten
- ▶ Hilfe bei Existenzsicherung
- ▶ Unterstützung bei der eigenverantwortlichen Erarbeitung von Lösungsstrategien

Unsere handlungsleitenden Werte und Grundsätze

- ▶ Respekt für die verschiedensten Lebensentwürfe von Frauen
- ▶ Vertraulichkeit · Empathie · Wertschätzung
- ▶ Offenheit · Transparenz · Korrektheit
- ▶ Kontinuität in Beratung und Betreuung
- ▶ Parteilichkeit für Frauen und ihre Kinder
- ▶ Ressourcen erkennen und nutzen
- ▶ Feministische Grundhaltung
- ▶ Zusammenarbeit · Kooperation · Vernetzung

Mitarbeiterinnen 2004

Beratungsstelle / Betreutes Wohnen

DSA Alge Jasmine, Sozialarbeiterin (32 Wochen-Std.)
Dr. El Sayed-Meixner Hedy, Psychologin (23 Wochen-Std.)
DSA Stauder Doris, Sozialarbeiterin (23 Wochen-Std.)

Fallweise Urlaubs- und Krankenvertretungen

Beratungsstelle

DSA Urban Judith

Sozialpädagogische Wohngemeinschaft

Tagteam / Hauptamtliche

DSA Radl Ines, Sozialarbeiterin (bis 31.8.2004:
24 Wochen-Std., anschließend Bildungskarenz)
DSA Walder Judith, Sozialarbeiterin (bis 31.8.2004:
24 Wochen-Std., 1.9. – 31.10.2004: 32 Wochen-Std.,
seit 1.11.2004: 24 Wochen-Std.)
Keszleri Beate, Psychologin (vorher Bildungskarenz, seit
1.11.2004: 24 Wochen-Std.)
DSA Bröckl Karin, Sozialarbeiterin (bis 31.8.2004: 24
Wochen-Std., 1.9. – 31.10.2004: 32 Wochen-Std.,
seit 1.11.2004: 24 Wochen-Std.)
Mag. Müller Eva, Psychologin (bis 31.8.2004: 24 Wochen-
Std., 1.9. – 31.10.2004: 32 Wochen-Std., seit
1.11.2004: 24 Wochen-Std.)
Sporer Sigrid, Kinderfachfrau (29 Wochen-Std.)

Geringfügig Beschäftigte (Nachtteam / fallweise Urlaubs- und Krankenvertretungen für Tagteam)

Lantschner Monika
Dekitsch Erika
Weber Maja
Ortner Simone (bis 31.1.2004)
Hashemi Miryam (seit 10.1.2004)
Erhart Sabine (seit 1.6.2004)
Vogelreiter Martina (seit 2.8.2004)
Widmer Angelika (bis 31.8.2004)
Mayerl Brigitte (bis 23.9.2004, anschließend Mutterschutz)

Kinderbetreuer

Ortner Robert

Praktikantin der Sozialakademie

Krammer Martina (9.2.-8.6.2004)

Mitarbeiterin in Karenz

Pfundler Karin (seit 1.8.2003 in Elternkarenz)

Geschäftsführung

Mag. Burchell Caroline (22 Wochen-Std.)

Editorial

Beschreibung der Arbeits-Bereiche

Nachdem in den letzten fünf Jahren im jeweiligen Tätigkeitsbericht viel Raum für die detaillierten Beschreibungen der Aufgabenbereiche der Mitarbeiterinnen und der jeweiligen Zielgruppen in den Bereichen Betreutes Wohnen, ambulante Beratung und sozialpädagogische Wohngemeinschaft, zur Verfügung stand, möchten wir in dieser Ausgabe dieses Thema kurz halten und diesbezüglich auf die Vorjahresberichte und Broschüren und die Homepage: www.dowas-fuer-frauen.at verweisen.

Finanzielle Absicherung 2004

Das ganze Jahr hinweg mussten wir auf allen Ebenen und ohne Pause um die Finanzierung des DOWAS für Frauen kämpfen und verhandeln. Dies ist in dieser Form noch nie da gewesen.

Kaum waren die Subventionen für 2004 unter Dach und Fach, kamen im Spätsommer die katastrophalen Ankündigungen von Seiten der Landesregierung, dass die Förderungen für 2005 um 15% gekürzt werden sollen. Und somit mussten wir schon im Herbst 2004 auf die Einsparungspolitik für 2005, die nach dem Gieskannenprinzip vorgeht, reagieren.

Sowohl die Gespräche mit der Landesregierung als auch die mit der Stadt Innsbruck über die Fördermittel waren „Schwerarbeit“. Der Hauptgrund dafür liegt in der mangelnden Kommunikationsbereitschaft zwischen Land und Stadt und des jeweiligen Abschiebens der Verantwortung und Zuständigkeit vom einen auf den jeweils anderen.

Schwerpunkt Vernetzung in Arbeitskreisen

Es sei diesbezüglich nur eines gesagt: Wir sehen es nicht als unsere Aufgabe, die Zusammenarbeit und die Kommunikationsstrukturen zwischen der Stadt Innsbruck und dem Land Tirol zu koordinieren und zu verbessern.

Die Sozialpolitik dieses Landes geht einen Weg, den wir nicht unreflektiert stehen lassen wollen. Dies ist einer der Gründe, weshalb wir die Vernetzung mit anderen sozialen Einrichtungen als einen wesentlichen Bestandteil unserer Arbeit sehen. Das finanzielle Aushungern kann zu Entsolidarisierung und zu kontraproduktivem Konkurrenzdenken unter sozialen Einrichtungen führen. Kann, aber muss nicht, wenn wir uns nicht in diese Richtung drängen lassen. Im Sinne der betroffenen Menschen kann ein soziales Netz nur dann gut funktionieren und ineinander übergreifen, wenn die Zusammenarbeit auch in Form von Vernetzung (Arbeitskreisen und -gruppen) gegeben ist.

Frauenwohnungslosigkeit / Frauenarmut

... sind die Schwerpunkte unserer Arbeit. Die Statistik zeigt uns deutlich, dass die Inanspruchnahme des DOWAS für Frauen vor allem im Bereich der ambulanten Beratung wieder stark gestiegen ist. Im Vergleich zu 2001 verzeichnen wir in der Gesamtanzahl der Frauen eine Steigerung von 100%! In Österreich fallen laut dem Sozialbericht 2003 des BMSG ca. 13,2% der Bevölkerung unter die Armutsgefährdungsschwelle. Davon sind weit mehr als die Hälfte Frauen. Haushalte mit kleinen Kindern haben ein überdurchschnittliches Armutsrisiko. Trotz der sehr hohen Erwerbsbeteiligung von

77% gehören laut dieses Berichtes Alleinerziehende zu den armutsgefährdeten Gruppen.

Wir können diese Ergebnisse bestätigen. Dieses Bild von Gesamtösterreich lässt sich verstärkt auch auf Tirol umlegen. Die Zahlen zu den Klientinnen der Wohngemeinschaft belegen: Frauen mit eigenem Arbeitseinkommen oder einer eigenen Wohnung vom privaten Wohnungsmarkt sind immer häufiger in Notsituationen, die es notwendig machen unsere Einrichtung aufzusuchen. Dies belegen auch die Statistiken zur ambulanten Beratung – mehr junge Frauen als Klientinnen und bei allen Altersgruppen ein verstärkter Bedarf an einmaligen finanziellen Unterstützungen. Und: Durch das Ansteigen der ambulanten Klientinnen mit Eigentumswohnung wird deutlich, dass Eigentum nicht immer vor einer Notlage schützen kann.

Als Gastschreiberin hat sich Frau MMag. Iris Kärle (Schuldnerberatung Tirol) bereit erklärt, zum Thema Verschuldung von Frauen einen Beitrag zu dieser Broschüre zu leisten.

Kinderarmut/Armut durch Kinder

Es ist allgemein bekannt: Armut hält sich nicht an Altersgrenzen. Da der Anteil der Frauen mit kleinen Kindern in der Wohngemeinschaft ständig hoch ist, sich die Problemlage für die Frauen und ihre Kinder aber verschärft (z.B. wesentlich längere Aufenthaltsdauer als bei Frauen ohne Kinder) möchten wir diesem Thema einen eigenen Artikel unserer Kinderfachfrau widmen. In unseren Statistiken zur Wohngemeinschaft wird außerdem deutlich sichtbar: Kinder erhöhen das Risiko der Armutsgefährdung.

Es ist ein Armutszeugnis für ein Land, wenn die sozialen Einrichtungen mit immer mehr Anfragen und Kontaktaufnahmen konfrontiert sind und im Gegenzug die Fördermittel für eben diese gekürzt werden.

Wir, sowohl die Mitarbeiterinnen als auch der Vorstand des DOWAS für Frauen, sehen uns nach wie vor dazu aufgerufen und beauftragt, im Sinne der betroffenen Frauen zu arbeiten und zu handeln. Da aber gerade Grenzziehungen in der Sozialen Arbeit ein wichtiger Bestandteil sind, werden wir diese auch intern umlegen und anwenden. Das bedeutet: für weniger Geld, kann nicht das gleiche Angebot gesetzt werden! Wir fordern dementsprechend eine langfristige finanzielle Absicherung, damit das Angebot des DOWAS für Frauen in jedem – noch – existierenden Bereich: Betreutes Wohnen, Ambulante Beratung und die sozialpädagogische Wohngemeinschaft, nach mittlerweile 18 Jahren Bestand nicht jedes Jahr wieder um seine Existenz bangen muss.

DSA *Jasmine Alge*

Obfrau

Öffnungszeiten

der Beratungsstelle in der Adamgasse 4

Montag, Mittwoch, Donnerstag: 8 – 13 Uhr

Dienstag: 13 – 17 Uhr

Freitag: 8 – 12 Uhr

Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit in Arbeitskreisen (AK) und -gruppen (AG)

Die inhaltliche Arbeit in Arbeitskreisen ist ein wichtiger Bestandteil der Aufgaben der Mitarbeiterinnen des DOWAS. Der Verein ist der Überzeugung, dass ein soziales Netz nur dann gut funktionieren und ineinander übergreifen kann, wenn die Zusammenarbeit aller betroffener Einrichtungen auch in Form von Vernetzung gegeben ist. Hier ein Überblick über die Arbeitskreise in denen jeweils eine Mitarbeiterin des DOWAS für Frauen 2004 ständig vertreten war:

Obdachlosenbeirat

Ein vom Vizebürgermeister Sprenger einberufenes Gremium, in dem neben Sozialvereinen auch VertreterInnen des Sozialamtes, der städtischen Wohnungsloseneinrichtungen, der Sozial- und Gesundheitssprengel und der Klinik für Psychiatrie vertreten sind. Der Fachbeirat dient dem Informationsaustausch und ist eine Diskussionsplattform für Inhalte, die im Zusammenhang mit Wohnen und Wohnstandards stehen.

AG psychisch krank und wohnungslos

Beschäftigt sich mit der Versorgungslage von wohnungslosen Menschen mit psychischer Erkrankung in Innsbruck, mit den Einrichtungen, die sich damit befassen (können) und mit Strategien zur Verbesserung der Lage der Betroffenen. Diese AG entstand Ende 2003 durch die im Obdachlosenbeirat immer häufiger auftretende Problematik zu diesem Thema. Als Leiter dieser sehr aktiven AG wurden von Vizebgm. Sprenger Herr Dr. Karl Stieg und Herr Mag. Franz Stelzl eingesetzt. Die AG erarbeitete einen Fragebogen, veranstaltete ein Seminar, erstellte und präsentierte einen Abschlußbericht und organisierte im Oktober 2004 eine Fachtagung zur Problematik.

PsychTransKult

Beschäftigt sich mit der Versorgung psychisch kranker MigrantInnen. Initiiert wurde dieser AK von der Abt. P2 des psychiatrischen Krankenhauses in Hall. Die Resonanz und Beteiligung an diesem AK ist im Laufe des Jahres extrem gestiegen.

Sozialpolitischer Arbeitskreis (SPAK)

Der Sozialpolitische Arbeitskreis ist ein Partei unabhängiges Gremium und ein freier Zusammenschluss von Sozialeinrichtungen. Der SPAK versteht sich als eine Diskussionsplattform, auf der inhaltliche Diskussionen zu sozialpolitischen Fragen geführt werden, mit dem Anspruch, die Ergebnisse an die Öffentlichkeit weiterzugeben.

Arbeitskreis Wohnen

Dieser Arbeitskreis ist ein Gremium von Sozialvereinen, die einen Arbeitsschwerpunkt in der Wohnungslosenhilfe setzen. Inhalte, die im Zusammenhang mit Wohnen bzw. Wohnungslosigkeit stehen, werden aufgegriffen, um dann gemeinsam auf sozialpolitischer Ebene reagieren bzw. Missstände aufzeigen zu können – mit dem Ziel, langfristig strukturelle Verbesserungen für wohnungsloses Klientel zu erreichen.

Arbeitsgemeinschaft Betreutes Wohnen

Das DOWAS für Frauen ist seit 1992 in dieser Arbeitsgemeinschaft vertreten. Zentrale Themen sind die Weiterentwicklung im Konzeptbereich, die inhaltliche Auseinandersetzung in Betreuungssituationen, die Hilfestellung organisatorischer Art bei Wohnungsanmietung, das gemeinsame Auftreten in sozialpolitischen Belangen und gemeinsam geführte Finanzverhandlungen.

FrauenLesben Vernetzung

ist eine Arbeitsgruppe verschiedenster Frauen-Einrichtungen.

Sozialhilfefonds des Landes Tirol

Dieses Kuratorium war auch im Jahr 2004 mit den steigenden Anträgen finanzieller Unterstützung konfrontiert. Das ganze Jahr über, aber besonders zu Weihnachten wenden sich Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen (z.B. Trennung, Krankheit, hohe Verschuldung ...) in einer finanziell angespannten Situation befinden, an den Sozialhilfefonds.

Der Vereins-Vorstand 2003/2004

Seit der Generalversammlung Oktober 2003 fungierten einen Großteil des Jahres als Obfrau, Frau DSA Jasmine Alge, als Obfrau-Stellvertreterin, Frau Mag. (FH) Katharina Mitterbauer, Frau DSA Karin Bröckl (als Kassierin) und Frau Dr. Birgit Streif (als Kassierinstellvertreterin). Herzlichen Dank für das Engagement!

Bei der Mitgliederversammlung am 30.11.2004 wurden Frau DSA Alge, Frau DSA Bröckl und Frau Mag. Mitterbauer in ihren bisherigen Funktionen wieder bestätigt. Frau Dr. Streif stellte sich nicht mehr zur Verfügung, statt dessen wurde Frau Dr. Margit Mennert als Kassierinstellvertreterin in den Vorstand gewählt.

Als Rechnungsprüferin des Vereins wurde Frau Sandra Busta wiederbestellt. Statt Frau Dr. Margit Mennert, die ja in den Vorstand gewechselt ist, wurde Herr Mag. Kapelari (Steuerberater) als zweiter Rechnungsprüfer bestätigt.

Gleich wie die externen Vorstandsfrauen üben auch diese ihre verantwortungsvolle Tätigkeit (Kontrolle der Verwendung der Mittel) unentgeltlich aus.

FrauenNetz

Schwerpunkt Jahresthema 2004 „Gewalt“.

Öffentlichkeitsarbeit

Ein weiterer Aspekt der Arbeitsgruppen ist auch die Öffentlichkeitsarbeit die dadurch geschieht. Diese ist im Verein so konzipiert, dass möglichst kompakt und doch aussagekräftig Informationen über das Angebot der Einrichtung vermittelt werden. Dazu nützen wir z.B. öffentlichen Raum, Medien, das Internet, usw. Die Schwerpunkte 2004 waren:

Homepage: www.dowas-fuer-frauen.at

Die Aktualisierung der Homepage erfolgt laufend durch eine Mitarbeiterin. Durch Eintragungen in die Seite des BM für Soziale Sicherheit und Generationen „Österreich sozial“ und in die Seite „Sozial- und GesundheitsInformationsService“, ein Projekt der Universität Innsbruck und der Sozialabteilung des Landes Tirol, wird angestrebt, den Zugang, den Kontakt und die Informationsweitergabe zu und über unsere Einrichtung für Betroffene und Interessierte zu erleichtern.

Medienpräsenz

Laufende Veröffentlichungen in diversen Ratgebern und Informationsbroschüren (z.B. Tiroler Familienratgeber des Landes Tirols, Abteilung JUFF oder die Sozialbroschüre des ISD). Präsenz in den Tageszeitungen (z.B. Artikel in der Tiroler Tageszeitung „Vereine die helfen“ vom 3.4.2004)

Präsentation des Angebotes und der inhaltlichen Zielsetzungen im Rahmen von Veranstaltungen

Zum Beispiel Vorträge und Seminarbeiträge durch eine unserer Mitarbeiterinnen in Bildungseinrichtungen mit sozialem und/oder frauenpolitischen Schwerpunkten im In- und Ausland (z.B: Anfrage wegen Vortrag an der Uni Duisburg-Essen, Institut für praxisorientierte Sozialwissenschaften).

Sparpolitik und Vernetzung

Das Jahr 2004 war in finanzieller Hinsicht von großer Unsicherheit geprägt. Grundsätzlich stellt dies für viele soziale Einrichtungen nichts Neues dar – in dieser Intensität und mit dieser Schärfe jedoch, erhielt die sogenannte Systempartnerschaft mit den Subventionsgebern eine neue Bedeutung.

Drei Monate lang wurden die sozialen Einrichtungen über das Ausmaß der Kürzungen für das Jahr 2004 im Ungewissen gelassen. Erst im März wurde bekannt, wer wie viel an Förderungen erhalten wird. Es wurden auch Einrichtungen gekürzt – dies war aber nur der Anfang.

Einer der „Höhepunkte“ der Geschehnisse rund um die finanzielle Absicherung von sozialen Einrichtungen stellte 2004 die Ankündigung des Finanzlandesrates im Spätsommer 2004 dar: In allen Ressorts müssen 15% eingespart werden, hieß es – so auch im Sozialressort. Trotz dieser drastischen Ankündigungen wurde den Sozialeinrichtungen von Seiten so mancher Politiker versichert, dass es zu keinen Kürzungen komme. Mittlerweile wissen wir jedoch, dass das Gegenteil eingetreten ist.

Der SPAK Tirol als überparteiliches Gremium und freier Zusammenschluss verschiedenster sozialer Einrichtungen, plante aufgrund dieser Sparpolitik und der daraus resultierenden massiven Einschnitte im sozialen Versorgungsangebot, eine groß angelegte Aktion. Dieser gingen Aussendungen an und persönliche Gespräche mit verantwortliche/n PolitikerInnen und BündnispartnerInnen voran.

Der Aktionstag fand Anfang Oktober 2004 statt und stieß sowohl bei der Bevölkerung, als auch bei den Medien auf ein großes Echo.



Ein dickes Eck fehlt von dieser Tischtennisplatte. Die Sozialvereine auf die drohenden Folgen der Einsparungen aufmerksam.

AUFSCREI! Sozialvereine befürchten Einsparungen

„Hilfe wird zum Luxus“

Die Tiroler Sozialvereine schreien auf: Geplante Budgetkürzungen des Landes würden tausende Hilfsbedürftige hart treffen.

CHRISTINE TSCHENETT

INNSBRUCK. Eine verzweifelte Frau sucht Schutz vor ihrem prügelnden Ehemann: „Und wir müssen sie abweisen, sie auf eine Warteliste setzen“, erzählt Gabi Plattner (34) vom Frauenhaus. 30 Frauen teilen allein heuer dieses Schicksal.

Die Tiroler Sozialvereine stoßen bereits jetzt an ihre Grenzen – und befürchten nun weitere Einsparungen durch das Land.

„Einige Vereine wurden informiert, dass sie mit 15 Prozent weniger Geld rechnen müssen“, schildert Jasmine Alge (29) vom DOWAS für Frauen. „So können sie ihre Arbeit nicht mehr leisten. Hilfe wird zum Luxus.“ Das Land solle sich bekennen, welches Angebot es haben will, und sich selbiges auch leisten – und nicht umgekehrt, fordert der Sozialpolitische Arbeitskreis.

Landeshauptmann kontert

Landeshauptmann Herwig van Staa weist die „ungeheuerlichen“ Vorwürfe zurück. Das Sozialbudget werde mehr – nur in der Verwaltung werde gespart.

Coalition bei Sozialbudget auf Crashkurs

Sozialvereine tragen den härtesten Teil der Last. Ende vieler Vereine. Geld, so ist man sich beim SPAK sicher, habe die Politik immer noch gefunden, wenn sie nur wollte. „Für den Brennerbasistunnel, die Sprungchance oder den Christkindlmarkt hat man ja auch eine Lösung gefunden“, warf SPAK

10 KURIER

Sozialvereine: Recht auf Hilfe ist gefährdet

Umfrage gefragte dir gerade alles kostenlos erscheint, bleibe dich über-oder dich Selbst-anken quälen, leider erst überwieder für dich es Szenario entriseninterventi- für Kinder dliche (KIZ) auf- von Landesrat P) und Landes- stellvertreter Geschwentner ündigten 15- rzung von So- durch das irkungen der

Flugblatt des sozialpolitischen Arbeitskreis Tirol

Sozialpolitischer Arbeitskreis Tirol (SPAK)

15% ige Kürzung im Sozialbereich –
drastische Auswirkungen
für Menschen in Notlagen
Informations- und Aktionstag
am 6.10.2004 von 10:00 bis 17:00
am Franziskanerplatz

Es geht uns alle an!

Die anstehenden Budgetverhandlungen der Tiroler Landesregierung verheißen für das soziale Netz in Tirol nichts Gutes: eine 15%ige Kürzung des Sozialbudgets ist geplant! Wenn diese Kürzung tatsächlich umgesetzt wird, hätte dies drastische Auswirkungen auf die bestehenden Unterstützungsangebote für Kinder, Jugendliche, Frauen, Männer und Familien in unterschiedlichen Notlagen und damit auf das soziale Netz in Tirol. Die vom Land Tirol (mit)geförderten Einrichtungen, die jährlich tausende Menschen beraten und betreuen, wären gezwungen, aufgrund von Personaleinsparungen ihre Angebote einzuschränken, zum Teil wären aber auch ganze Einrichtungen in ihrer Existenz gefährdet!

Betroffen sind jene, die dringend auf professionelle Hilfe bei der Bewältigung ihrer Probleme und der Veränderung ihrer prekären Lebenssituation angewiesen sind:

- Frauen, die Schutz vor Gewalt suchen
- Frauen und Mädchen, die von sexualisierter Gewalt betroffen sind

- Jugendliche, die bei der Arbeits- und Wohnungssuche Unterstützung brauchen
- Kinder und Jugendliche, die Gewalt in der Familie erleben
- Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Frauen, Männer und Familien
- Flüchtlinge und AsylwerberInnen
- Personen, die von langer Arbeitslosigkeit betroffen sind
- Menschen, deren Einkommen zur Abdeckung der Lebenshaltungskosten nicht ausreicht und die Unterstützung und Beratung bei der Existenzsicherung brauchen
- von Armutsgefährdung oder Armut betroffene Menschen

Der Sozialpolitische Arbeitskreis Tirol sieht sich in seiner Funktion der anwaltschaftlichen Vertretung für Hilfesuchende dazu aufgerufen, gegen die angekündigten Kürzungen aufzutreten, um soziale Sicherheit in Tirol auch weiterhin gewährleisten und Hilfesuchenden die notwendige und erforderliche Unterstützung anbieten zu können.

Unterstützen auch Sie die Anliegen des SPAK – schauen Sie vorbei, verteilen Sie die Ankündigung weiter.

Aidshilfe Tirol ... DOWAS für Frauen ... HO&RucK ... Integra – Tiroler Integrationszentrum ... Jugendzentrum Z6 ... KIZ (Kriseninterventionszentrum) ... MOHI Tirol (Sozialintegrative Alltagsbegleitung) ... Streetwork Z6 ... Tiroler Frauenhaus ... Verein Frauen gegen Vergewaltigung ... Verein WAMS ... Verein zur Förderung des DOWAS ... 20er (Straßenzeitung) ... UAG Jugendwohlfahrt (Kinderschutzzentrum, Sozialberatung der Kinder- und Jugendpsychiatrie, Chill Out, Z6 Streetwork, KIZ, Ambulante Familienarbeit)

Definition, Spezifikas und die (Un)Möglichkeit leistbaren Wohnraum zu finden

Wohnungslosigkeit von Frauen

Definition

Laut der BAWO Austria (Bundesarbeitsgemeinschaft für Wohnungslosenhilfe) ist *„Wohnungslosigkeit ein Phänomen, dass noch vielschichtiger als ‘arbeitslos’ auftritt und entsprechend schwer fassbar ist.“*

Die Lebenssituationen, in denen Menschen ihre Wohnung verlieren, sind sehr unterschiedlich und reichen von Scheidung / Trennung über Einkommensausfall bis hin zur Verschuldung und Wohnungsverlust auf Grund zu hoher Miet- und Betriebskosten.

Es gibt verschiedene Formen von Wohnungslosigkeit die definiert sind. Wir sprechen in Fachkreisen von akuter Wohnungslosigkeit, bevorstehender / drohender Wohnungslosigkeit, potenzieller Wohnungslosigkeit und vor allem bei Frauen und Jugendlichen auch von der sogenannten verdeckten Wohnungslosigkeit.

Verdeckt Wohnungslos

„Im Unterschied zur männlichen, sichtbaren Wohnungslosigkeit ist die spezifische Erscheinungsform bei Frauen die „verdeckte Wohnungslosigkeit“. Frauen suchen aus Scham oder Schuldgefühlen nach privaten Lösungen, die sie sehr oft in neue Abhängigkeiten führen. Beispielsweise gehen Frauen Beziehungen zu Männern ein, um schlafen, duschen und Wäsche waschen zu können. In Zweckpartnerschaften tauschen sie sexuelle Verfügbarkeit gegen „Schutz und Wohnraum“.“

Eine derartige Lebenssituation führt nicht selten in die offene, sichtbare Wohnungslosigkeit. Die Zahl der Frauen, die auf der Strasse, in unsicheren Wohnverhältnissen oder in derartigen zweckorientierten Partnerschaften leben, ist unbekannt.“ (BAWO Austria)

Aus der praktischen Erfahrung können wir dieser Definition der Bundesarbeitsgemeinschaft für Wohnungslosenhilfe noch hinzufügen, dass vielfach Frauen mit Kinder verdeckt wohnungslos sind. Dies lässt sich so erklären, dass der gesellschaftliche Druck derart hoch und die Verantwortung der Frauen gegenüber den Kindern so groß ist, dass sie so lange wie möglich versuchen die akute Wohnungslosigkeit zu verhindern und in die sogenannte verdeckte Wohnungslosigkeit „untertauchen“. Häufig versuchen die betroffenen Frauen diese Krisensituation vor Bekannten, vor dem/der ArbeitgeberIn oder vor der eigenen Familie zu verbergen. Kinder erleben die Wohnungslosigkeit und die krisenhafte Situation der Mütter nicht nur mit, sie sind in gleichem Ausmaß davon betroffen!

Im Anschluss an diesen Artikel wird noch näher darauf eingegangen, was es für Kinder heißt in Armut zu leben und welche Faktoren dabei zusammenspielen.

Wohnungslosigkeit von Frauen wurde bis dato wenig erforscht – es gibt nur vereinzelt Studien. Tatsächlich aber gibt es Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, deren Angebote ausschließlich auf Frauen und punktuell auch auf Frauen mit Kindern ausgerichtet sind. So auch das DOWAS für Frauen. Die Wohngemeinschaft des DOWAS für Frauen ist 1986 aus einem hohen (durch Statistiken untermauerten)

Bedarf heraus entstanden. Das „Phänomen Frauenwohnungslosigkeit“ wurde zu dieser Zeit immer präsenter.

Spezifikas

Es wurde ein Konzept entwickelt, das sowohl auf die organisatorischen und strukturellen Rahmenbedingungen einging, als auch auf die besonderen Bedürfnisse in der Betreuung von wohnungslosen Frauen mit und ohne Kindern.

Die Besonderheiten und Problemlagen auf die in der Betreuung von wohnungslosen Frauen zu achten sind, liegen in den strukturellen Gegebenheiten, den unterschiedlichen Zugängen zu Leistungen und den spezifischen Lebensbiographien und -situationen.

Fakt ist, dass Frauen

- ▶ mit Doppel- und Dreifachbelastungen ihr Leben bewältigen müssen
- ▶ mit und ohne Kinder sowohl am Wohnungsmarkt, als auch am Arbeitsmarkt benachteiligt sind
- ▶ der Zugang zu öffentlichen Leistungen erschwert/verwehrt wird
- ▶ auf Grund von gesellschaftlichen Moralvorstellungen mit Vorurteilen und Abwertung konfrontiert sind
- ▶ für gleiche Arbeit weniger verdienen als Männer
- ▶ vielfach über keine oder nur eine mangelhafte Ausbildung verfügen
- ▶ zu einem hohen Prozentsatz in atypischen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten
- ▶ häufiger in Armut leben als Männer
- ▶ erfahrungsgemäß lange unter eigentlich nicht zumutbaren Bedingungen und Beziehungen ausharren, bevor sie professionelle Hilfe und Unterstützung suchen und annehmen
- ▶ vielfach in Abhängigkeitsverhältnissen leben
- ▶ ohne österreichische Staatsbürgerschaft schlechter gestellt sind
- ▶ unverhältnismäßig häufiger von Gewalt bedroht und betroffen sind als Männer

Vielfach befinden sich Frauen in Lebenssituationen, in denen mehrere der o.a. Punkte aufeinandertreffen. Dieses Zusammenspiel ist häufig der Auslöser für Krisen und existenzbedrohende Situationen, zu denen auch der Verlust der Wohnung zählt.

Es wird somit deutlich, dass die Auslöser von Frauenwohnungslosigkeit in ihrer Vielschichtigkeit nicht nur im akuten Anlassfall zu suchen sind, sondern einen umfassenden Blick erfordern. Beseitigung und Bekämpfung von Wohnungslosigkeit ist also nicht abgetan mit dem Finden einer Wohnung, sondern erfordert die Einbindung aller Faktoren, die zu dieser Krisensituation geführt haben. Nur so kann eine langfristige Stabilisierung und nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation angestrebt werden.

Leistbarer Wohnraum

Generell ist festzuhalten, dass Wohnen eines der elementarsten Grundbedürfnisse ist. Leistbaren Wohnraum zu schaffen muss Anliegen und Aufgabe einer funktionierenden politischen Arbeit sein. Es gibt einen klaren politischen Auftrag an die jeweiligen Gebietskörperschaften und politischen VertreterInnen, die Wohnversorgung vor allem für sozial- und einkommensschwache Menschen sicherzustellen.

Diesem Grundsatz verpflichteten sich die Tiroler Regierungsparteien – zumindest in folgendem Papier: „Ziel der Wohnbaupolitik des Landes Tirol ist es, jeder Tirolerin und jedem Tiroler Hilfe bei der Schaffung von günstigem Wohnraum zu bieten. Die Koalitionspartner verstehen sich dahingehend, dass in Tirol das hohe Niveau an geförderten Wohnbauten erhalten werden muss und es dadurch zu einer Entspannung am Wohnungsmarkt kommt.“ (aus dem Grundlagenpapier der Tiroler Volkspartei und der SPÖ-Tirol zur Bildung der Tiroler Landesregierung – Tiroler Regierungspapier 1999)

Die stark ansteigenden Mietpreise in und auch in den Gemeinden um Innsbruck, das Fehlen von großen Woh-

nungen für Familien mit mehreren Kindern und die hohen Kosten bei Vermittlungen über Immobilienbüros vermitteln aber ein anderes Bild von der derzeitigen Realität am Wohnungsmarkt und erschweren somit den Zugang zu leistbarem Wohnraum.

Die Regulierung des Wohnungsmarktes für diese Gruppe von sozial- und einkommensschwachen Menschen kann nicht über die Sozialhilfe und die dort vorherrschende Praxis der Mietendeckelung erfolgen. Dies bedeutet: die Festsetzung eines Mietpreises, der vom Sozialamt bei einem Sozialhilfeanspruch übernommen wird, entspricht nicht den realen Mietpreisen am Wohnungsmarkt, sondern wird von jedem Sozialamt selbstständig mit einer Höchstgrenze versehen (z.B. Innsbruck Stadt: Garconnière mit € 360,- für Miete inkl. Betriebskosten). Das Finden einer adäquaten Wohnmöglichkeit wird dadurch erschwert, die Sozialämter können mit dieser Maßnahme kein geeignetes Instrument zur Verfügung stellen, den Zugang zum Wohnungsmarkt zu erleichtern.

Ein weiteres Instrument leistbaren Wohnraum zu schaffen, sollte die Vergabe von Stadtwohnungen darstellen. Mit Februar 2003 sind die neuen Vergaberichtlinien für die Zuteilung städtischer Wohnungen in Innsbruck Stadt in Kraft getreten. Diese Richtlinien regeln die Aufnahme auf die Liste der StadtwohnungswerberInnen und sehen dafür ein Punktesystem vor, welches für bestimmte Lebenssituationen (Krankheit, Einkommen, Wohnungslosigkeit, Zustand der bestehenden Wohnung ...) eine bestimmte Punktezahl vergibt. Die Höhe der Punktezahl ist letztlich Voraussetzung für die Zuteilung einer Wohnung.

Laut Frau Dr. Pokorny-Reitter, der zuständigen Stadträtin für das Wohnungsressort, „fänden im Referat für Wohnungsvergabe täglich mehr als 80 Vorsprachen statt, was auf den Druck am privaten Wohnungsmarkt zurückzuführen sei.“ (Tiroler Tageszeitung vom 11.3.2005)

Die Reduzierung der Punkteverteilung für Wohnungslosigkeit 2003 und die langen Wartelisten auf Grund der vielen

BewerberInnen führen dazu, dass sich Verschlechterungen genau für jene Personengruppen ergeben, deren Wohnbedarf am dringendsten ist, nämlich für wohnungslose Menschen.

„Die Forcierung des sozialen Mietwohnbaus zählt für Stadträtin Dr. Pokorny-Reitter zu den dringlichsten Vorhaben. Mit Stand Jänner 2004 sind beim „Wohnungsservice“ im Stadtmagistrat 1430 Wohnungssuchende vorgemerkt, die Tendenz ist zunehmend, bis Jahresende könnte die Zahl auf 1800 steigen“. (Innsbruck Informiert – Februar 2004)

Zentrale Aufgabe im Bereich der Neubaupolitik wird es sein, die für den Wohnbau und die Wohnungswirtschaft vorhandenen öffentlichen Finanzierungsmittel erheblich zu erhöhen und deren zielgerichteten Einsatz sicher zu stellen.

Unsere Forderungen

Für das DOWAS für Frauen, einem Verein der sich seit Jahren mit den Standards in der Wohnungslosenhilfe beschäftigt, ergeben sich daraus folgende sozialpolitischen Forderungen:

- ▶ Leistbare Mieten am Wohnungsmarkt
- ▶ Ausbau des sozialen/gemeinnützigen Wohnbaus
- ▶ Mietzinsbeihilfe in allen Gemeinden
- ▶ Orientierung der Sozialhilfe an realistischen Mietpreisen
- ▶ Eine funktionierende Delogierungsprävention auf- und auszubauen.

Erfahrungswerte in der Arbeit mit wohnungslosen Frauen und deren Kindern zeigen, dass die „eigenen vier Wände“ einen – wenn nicht sogar den wichtigsten – Schritt für eine langfristige Stabilisierung einer Lebenssituation darstellen.

Lokales

Frauenhaus und DOWAS – Schluss mit Bittsteller-Dasein

SP und Grüne fordern ausreichende Finanzierung

(gstr). Die Pläne von Sozialressort-Leiter Vizebgm. Eugen Sprenger, die Subventionen für Frauenhaus und DOWAS zu kürzen, sorgten für helle Aufregung bei SP-GRin Sigrig Marinell und Grüne-GRin Doris Linser. Die beiden Politikerinnen sprachen sich vehement gegen

lung, um zu verhindern, dass sie um eine Finanzierung

TIROLER VEREINE, DIE HELFEN

Zuflucht für Frauen und Kinder in Not

Seit 1986 finden Frauen in existenziellen Notsituationen beim Verein „DOWAS für Frauen“ Unterstützung, Beratung und Wohnmöglichkeit.

fe zur Sicherstellung der Wohnungsfinanzierung, Unterstützung bei der eigenverantwortlichen Erarbeitung von Lösungsstrategien sowie beim Kontakt mit diversen Ämtern.

Ein weiterer Bereich des Vereins ist das an einen Betreuungsvertrag gekoppelte Untervermieten von Wohnungen an Frauen mit oder ohne Kinder. „Natürlich ohne Gewinn für den Verein“, betont Burchell. Am Wohnungsmarkt Benachteiligte finden auf diese Weise eine Übergangsbleibe.

Die sozialpädagogische Wohngemeinschaft stellt den am längsten existierenden DOWAS-Zweig dar. Ein Haus in Innsbruck bietet 12 akut wohnungslosen oder von Wohnungslosigkeit bedrohten Frauen und Kindern Platz, bis eine eigene Wohnmöglichkeit gefunden wird. Burchell: „Eine wesentli-

che Voraussetzung für den Aufenthalt dort ist die Bereitschaft, sich mit den eigenen Problemen und der aktuellen Lebenssituation auseinander zu setzen und realistische Zukunftsperspektiven zu entwerfen.“ Es gibt ein Betreuungs- und Unterstützungsangebot, das sich weitgehend nach den jeweiligen Bedürfnissen der Frauen richtet. Auch in der Nacht stehen vier Mal wöchentlich Mitarbeiterinnen als Ansprechpartnerinnen zur Verfügung, denn die Frauen sind durch ihre Notsituation oft psychischen Belastungen ausgesetzt.

Die Arbeit wird aus Subventionen und Mitgliedsbeiträgen finanziert.

Kontakt: DOWAS für Frauen, Adamgasse 4/2, Innsbruck, Tel.: 0512/562477, Fax: 562477/7; E-Mail: buero@dowas-fuerfrauen.at. www.dowas-fuerfrauen.at

Hoffnung für Sozialeinrichtungen

(KHZ). Die finanzielle Lage der Sozialvereine „DOWAS für Frauen“ und „Tiroler Frauenhaus“ ist nach Subventionskürzungen prekär. Auch seitens der Stadt kündigte Vbgm. Sprenger reduzierte Unterstützungen an. Begründet wurde dies mit der überregionalen Bedeutung der Einrichtungen. Kein Verständnis dafür kam von GR Sigrig Marinell (SPÖ) und GR Doris Linser (GRÜNE). Ein Antrag der beiden Sozialpolitikerinnen, bis Juni gemeinsam mit dem Land eine entsprechende Lösung zu finden, wurde zur weiteren Behandlung an den Stadtsenat übergeben.

hau
lege

Stadtblatt



Die GRinnen Linser und Marinell fordern eine Regelung zur finanziellen Absicherung des Frauenhauses und des DOWAS.

Kinderarmut

Viele Klientinnen des DOWAS für Frauen sind Mütter. Durch das Eingehen auf ihre Situationen unter Einbeziehung der Belange ihrer Kinder sehen sich die Beraterinnen und Betreuerinnen häufig mit dem Aspekt der Kinderarmut konfrontiert.

Kinderarmut umfasst nicht nur das Fehlen finanzieller Ressourcen, sondern bezieht sich auch auf soziale, kulturelle und psychische Aspekte im Leben der Kinder und Jugendlichen. Statistisch gesehen, besteht die höchste Armutsgefährdung für Kinder von Alleinerziehenden ohne Erwerbseinkommen (50% Armutsgefährdungsrate) und für Kinder aus Familien mit drei oder mehr Kindern (16% Armutsgefährdungsrate). (Vgl. Buggler, Schenk, Bierling-Wagner: Kinderarmut).

Zwei der Hauptgründe, die das Risiko der Verarmung beinhalten, sind folgende:

- ▶ Je mehr Kinder zu versorgen sind, umso höher ist die Armutsgefährdung, da sich daraus eine geringere Möglichkeit zu Erwerbstätigkeit ergibt. Zusätzlich wird dies noch durch fehlende bzw. nicht adäquate Kinderbetreuungsangebote verstärkt.
- ▶ Die hohe Teilzeiterwerbsquote sowie geringere Entgelte von Frauen verstärken das Armutsrisiko.

Wie bereits erwähnt, beschränkt sich Kinderarmut aber nicht ausschließlich auf monetäre Aspekte. Von den Kindern oftmals aktuell bewusster erlebt, werden z.B. ausgrenzende Erfahrungen in sozialen und kulturellen Belangen (beispielsweise keine Möglichkeit zu Teilnahme an Ferienlagern, keine Kinobesuche mit FreundInnen ...) und das Fehlen von Zeit und Aufmerksamkeit ihrer Eltern.

Ein weiteres Charakteristikum in den Biographien armutsgefährdeter Kinder und Jugendlicher stellt ein erschwelter Zugang zu schulischer und beruflicher Aus- und Weiterbildung dar. Viele von ihnen verfügen lediglich über einen Pflichtschulabschluss, beenden aber keine Berufsausbildung und laufen somit Gefahr, auch als Erwachsene weiterhin von Armut betroffen zu sein.

Ebenfalls von Relevanz hinsichtlich Armut ist der Gesundheitszustand der Kinder und Jugendlichen. In psychischer Hinsicht dadurch, dass Kinder, die häufig Ausgrenzungen und Ohnmacht Gefühle erleben müssen, oftmals auffällig reagieren. Dies kann von völligem Rückzug bis hin zu aggressivem Auftreten reichen. Krankheiten und Anfälligkeiten für Krankheiten ergeben sich häufig aus Wohnen in feuchten Wohnungen, unausgewogener Ernährung und mangelndem Vorsorgebewusstsein der Eltern.

Robert Buggler, Martin Schenk und Eugen Bierling-Wagner von der Armutskonferenz beschreiben Kinder vor allem dann als arm, wenn folgende Kriterien zutreffen:

- ▶ Wenn die für ein einfaches tägliches Leben erforderlichen Mittel unterschritten werden
- ▶ Wenn es an unterstützenden Netzwerken für ihre soziale Integration mangelt
- ▶ Wenn sie von den für die Entwicklung von Sozialkompetenz wichtigen Sozialbeziehungen abgeschnitten bleiben
- ▶ Wenn Bildungsmöglichkeiten für ihre intellektuelle und kulturelle Entwicklung fehlen
- ▶ Wenn sie in ihrem Umfeld gesundheitlichen Beeinträchtigungen ausgesetzt sind
- ▶ Wenn Kinder in Familien vernachlässigt werden.
- ▶ Wenn Kinder in Familien Gewalt ausgesetzt sind.



Frauen und Schulden

Jeder will es, wenige haben viel davon
und keiner hat genug.

Es geht ums Geld bzw. hier um das fehlende Geld, die Schulden. Frauen sind von finanziellen Schwierigkeiten mehrfach und besonders betroffen.

Bürgschaften

Frauen übernehmen häufig Bürgschaften für Kredite, die ihr Partner aufgenommen hat. Vielfach geschieht dies auch dann, wenn die Frauen nur über ein geringes Einkommen verfügen und von den Anschaffungen des Kredites keinen Nutzen hatten. Frauen stehen hierbei häufig unter großem emotionalen Druck, denn ein „nein“ würde vom Partner als mangelndes Vertrauen oder mangelnde Liebe interpretiert werden. Im Zug meiner Tätigkeit als Schuldnerberaterin ist mir ein sehr krasses Beispiel berichtet worden: eine junge Frau unterschrieb für ihren Freund, den sie damals erst drei Wochen kannte, einen Kredit für ein Auto. Nach drei weiteren Wochen war der Freund samt Auto nicht mehr gesehen; der Kredit blieb. Die Rechtssprechung brachte vor einiger Zeit eine Entlastung der Situation; Bürgschaftserklärungen können aufgrund von Sittenwidrigkeit angefochten werden, wenn Frauen bei Unterschriftsleistung über kein oder nur ein geringes Einkommen bzw. Vermögen verfügten und vom Kredit keinen Vorteil hatten.

Kleinkredite

Aufgrund ihrer hohen Armutsgefährdung leben allein stehende Frauen oft in extrem engen finanziellen Verhältnis-

sen und sind manchmal gezwungen, selbst Gegenstände des täglichen Lebens nur über Ratenzahlungen sprich Kleinkredite zu finanzieren. Die Gründe für die Armutsgefährdung sind vielfältige: mangelnde oder ungenügende Berufsausbildung vieler Frauen; langjährige Erwerbslosigkeit nach Eheschließung oder wegen Betreuungspflichten für Familienangehörige; eine hohe Beschäftigungsquote von Frauen in Niedriglohnbrachen bzw. in Arbeitsverhältnissen mit mangelnder sozialversicherungsrechtlicher Absicherung; Arbeitslosigkeit, vor allem von älteren Frauen; die hohe Zahl der Scheidungen, die Frauen in vielfach höherem Alter oft ohne ausreichenden Unterhalt zurücklässt; Die Armutsbetroffenheit wächst zudem mit der Anzahl der Kinder, insbesondere in Verbindung mit den erschwerten Erwerbsmöglichkeiten der Mütter, an.

Ansprüche der Konsumgesellschaft

Die Ansprüche der Konsumgesellschaft, sich stets modisch kleiden zu müssen, ein Auto zu fahren und Urlaube vorweisen zu können, setzt viele Frauen unter Druck. Da sparen zur Zeit nicht „in“ ist, werden die Anschaffungen auf „Pump“ gemacht: Die Vielfalt der Möglichkeiten wie Raten- oder Kreditkartenkauf, Versandhaus und Internetshopping lässt einen leicht den Überblick verlieren. So können aus vielen kleinen Verpflichtungen unbemerkt große Schuldenberge werden. Vor allem junge Leute sind von diesem Druck der Konsumgesellschaft betroffen und beginnen ihre „Schuldnerkarriere“ daher schon früh.

Kaufsucht

Exzessives Kaufverhalten von Frauen kann auch auf psychische Faktoren zurückzuführen sein. Belastungssituationen werden von kaufsuchtige Menschen durch das Erlebnis des Einkaufens kompensiert. Häufig werden dabei Einkäufe im Versandhandel getätigt. Die farbigen Kataloge, die immer

mehr wie ein Zeitschriftenmagazin gestaltet werden, sprechen den Wunsch nach der Leichtigkeit des Lebens besonders an. Vielfach werden Dinge bestellt, die nicht benötigt werden. Diese Gegenstände lagern dann oft noch originalverpackt in der Wohnung oder werden an Freunde weiter verschenkt. Da es in Österreich eine unglaubliche Vielzahl (geschätzte 60) an Versandhäusern gibt, können sich die betroffenen Frauen schon hoch verschulden, bevor die Krankheit als solche erkannt wird.

In meiner Beratungstätigkeit fällt mir auf, dass Frauen über die finanziellen Haushalts- und Verschuldungslage schlecht informiert sind und sich erst in der Krisensituation mit dem Thema Geld auseinander setzen. Vielfach wird mir erklärt, dass finanzielle Dinge, die über die Haushaltsplanung hinausgehen „Männersache“, sei. Teilweise wird der Bereich der Schulden auch ausgeblendet und verdrängt.

Ich denke, dass Schulden immer noch ein Tabu-Thema sind, dass erst durch die öffentliche Diskussion der letzten Jahre etwas aufgeweicht wurde.

MMag. *Iris Kärle*
Schuldnerberatung Tirol

Ferienlager für Kinder

In den folgenden Absätzen möchten wir über Projekte und Unternehmungen berichten, die 2004 durch Sondersubventionen finanziert wurden.

Organisation und Durchführung eines Ferienlagers sind seit 1999 fixer Bestandteil des Kinderbereichs des DOWAS für Frauen. Ermöglicht wurde dies alljährlich durch Sondersubventionen des Landes Tirol Abteilung JUFF. Die ständig steigenden Anfragen zu einer Teilnahme am Ferienlager und der Tatsache, dass vermehrt Kinder mit einer anderen als der deutschen Muttersprache angemeldet wurden, führte 2004 zur Idee, zwei Ferienlager zu organisieren.

Integratives Ferienlager

Eines davon sollte die verschiedenen Muttersprachen der Kinder als Schwerpunkt in der Planung haben. Die Grundidee beinhaltete den Wunsch, einen Gegenpol gegenüber der häufig von den Kindern erlebten Erwartungshaltung, möglichst schnell und gut Deutsch lernen zu sollen, anzubieten. 7 Kinder zwischen 5 und 11 Jahren mit unterschiedlichen Muttersprachen verbrachten so gemeinsam mit den beiden, vom Verein angestellten KinderbetreuerInnen, vom 14. bis 17. Juli 4 Tage in der Jugendherberge in Ebensee am Traunsee. Der gute Betreuungsschlüssel (2:7) und die Tatsache, dass einige der Kinder die Kinderbetreuerin und den Kinderbetreuer bereits kannten und als Vertrauenspersonen akzeptierten, gewährleisteten genügend Aufmerksamkeit und Zeit für die Bedürfnisse jedes einzelnen Kindes. Ein großes Ziel in der Betreuung stellte die Förderung der

Kommunikation der Kinder auf nonverbaler Ebene dar. Hierzu wurden genügend Spiel- und Bastelmaterialien zur Verfügung gestellt, die es den Kindern ermöglichen sollten, sich je nach Bedürfnis allein, mit einem/einer BetreuerIn oder zu mehr als damit zu beschäftigen. Außerdem gab es zahlreiche Spielplatzbesuche, Ausflüge und Außer-Haus-Aktivitäten, bei denen auch immer wieder die verschiedenen Lebenswelten und Gewohnheiten der Kinder thematisiert werden konnten.

Die Ressource, sich bei selber Muttersprache untereinander zu dolmetschen, wurde von den Kindern natürlich genutzt, stellte aber keine von den BetreuerInnen geforderte oder forcierte Anforderung an die Kinder dar. Finanziert wurde dieses Lager von der Integrations-Abteilung des JUFF durch eine Sondersubvention.

Mädchenferienlager

Dem integrativen Ferienlager vorangegangen waren 4 Tage mit Mädchen zwischen 11 und 14 Jahren ebenfalls in der Jugendherberge in Ebensee. Die Tatsache, dass es sich hierbei um ein reines Mädchenlager handelte, hatte sich aus dem Wunsch einiger Mädchen, die bereits in vorigen Jahren an Ferienlagern des DOWAS für Frauen teilgenommen hatten, ergeben. Auch die Betreuung durch Kinderfachfrau und männlichen Kinderbetreuer des DOWAS war ein dezidiertes Wunsch dieser Mädchen. Auf Grund der Erkrankung eines angemeldeten Mädchens und der kurzfristigen Absage zweier anderer Töchter von Klientinnen nahmen an diesem Ferien-



lager nur 4 von angemeldeten 7 Mädchen teil. Dies ergab eine sehr intensive Gruppendynamik, da die 4 Mädchen fast ständig zusammen waren, das naturgemäß zu einigen Konfliktsituationen führte. Es bot allerdings auch die Möglichkeit, auf die Wünsche und Bedürfnisse der Mädchen sehr detailliert einzugehen. Zahlreiche Ausflüge (z.B. der Besuch der Eiswelt in Hallein) konnten organisiert werden und zusätzlich wurde den Mädchen viel Zeit und Raum gegeben, eigene Vorschläge und Vorstellungen zur Programmgestaltung einzubringen und selbständig zu verwirklichen (z.B.

Schatzsuche, Lagerfeuer, Nachtschwimmen, Geländespiel, Erlernen neuer Gesellschaftsspiele).

Die Finanzierung des Mädchenlagers übernahm die Frauen-Abteilung des JUFF mit einer Sondersubvention.

Kindern die Möglichkeit zu Spiel, Spaß und einer gewissen Leichtigkeit abseits des belastenden Alltages bieten zu können, stellt einen wichtigen Teil des Kinderbereichs des DOWAS für Frauen dar. Vor allem die Ferienlager tragen oftmals dazu bei, diesen Teil realisieren zu können.

Der Kinderbetreuer

Der männliche Kinderbetreuer (geringfügig angestellt mit 22 Stunden im Monat) arbeitet ausschließlich mit den Kindern selbst. Im Gegensatz zur hauptamtlich angestellten Kinderfachfrau, die u.a. auftauchende Probleme und Schwierigkeiten (z.B. Verhaltensauffälligkeiten, psychische oder physische Gewalterfahrungen, Entwicklungsrückstände, große Traurigkeit, Schuldgefühle...) mit den Kindern selbst und auch mit ihren Müttern bespricht (z.B. die Tatsache, der für alle Beteiligten veränderten Bedingungen – wie z.B. das Wegfallen von vertrauten Personen und Freunden, ein notwendiger Schul- oder Kindergartenwechsel, die Schwierigkeiten des Zusammenlebens in der WG und die weiteren Perspektiven nach einem Auszug aus der WG).

Einen weiteren Teil des Aufgabengebiets beider MitarbeiterInnen stellen Unternehmungen und Spiele mit den Kindern dar – zum Teil in Einzel-, zum Teil in Gruppensituationen. Bei diesen Aktivitäten und in Gesprächen erfährt der männliche Kinderbetreuer viel über die Befindlichkeiten der Kinder und tauscht sich darüber mit der Kinderfachfrau oder anderen Mitarbeiterinnen aus. Er dient den Kindern in keiner Weise als Vaterersatz, bringt aber einen männlichen Anteil in den Betreuungskontext ein und ist bemüht, durch seine Positionierungen zu rollenspezifischen und sexistischen Äußerungen ein alternatives Rollenbild zu einem bisher bekannten zu vermitteln.

Die geringfügige Anstellung des männlichen Kinderbetreuer wird seit 1999 (mit Ausnahme im Jahr 2000) durch Sondersubventionen des JUFF Frauenreferates ermöglicht. Ab 2005 ist geplant die Finanzierung dieses Aufgabenbereiches in die Sockel – Subventionsansuchen aufzunehmen und seine seit nunmehr 5 Jahre andauernde Tätigkeit im Verein als fixen Bestandteil für den Kinderbereich zu verankern.

Das Sommerfest und Sommeraktivitäten

Wie jedes Jahr veranstalteten die Mitarbeiterinnen des Vereins DOWAS für Frauen ein Sommerfest im Garten der Wohngemeinschaft, das auch 2004 mit einer Sondersubvention des JUFF Frauenreferates finanziert wurde. Die Einladung zum Fest erging an die Frauen, die in der Wohngemeinschaft wohnten, an ehemalige Bewohnerinnen der Wohngemeinschaft und an Frauen aus dem Betreuten Wohnen. Selbstverständlich waren auch die Kinder wieder mit dabei.

Fern ab von jeglichen Alltagsproblemen ermöglicht die gelockerte Atmosphäre eines Grill-Sommerfestes, dass die Frauen untereinander den Kontakt aufrechterhalten und gegenseitig Erfahrungen austauschen können. Der Nachmittag stellt ein fröhliches Miteinander von Frauen für Frauen dar, die ein Stück des Weges in einer Krisenzeit gemeinsam gegangen sind.

Außerdem wurde im Sommer mit den Kindern gekocht, Schwimmen gegangen, Ausflüge veranstaltet. Die für Kinder oft belastende Situation des WG-Aufenthaltes kann während solcher Ferienunternehmungen gut besprochen und aufgearbeitet werden.

Finanzierung 2004

Der Verein DOWAS für Frauen ist ein privater gemeinnütziger Verein, der hauptsächlich über Subventionen und Tagsätze (für die Klientinnen der Wohngemeinschaft) finanziert wird. Einen kleinen Teil unserer Ausgaben finanzieren wir aus zweckgebundenen Spenden und Mitgliedsbeiträgen.

Subventionsgeber

Förderungsinstanzen des laufenden Betriebs der Beratungsstelle mit der ambulanten Beratung und dem betreuten Wohnen sind die Tiroler Landesregierung und die Stadt Innsbruck. Die Wohngemeinschaft wird außerdem finanziert durch das Bundesministerium (BM) für Gesundheit und Frauen und das BM für Justiz. Die Tiroler Arbeiterkammer unterstützt uns ebenfalls. Zweckgebundene Sonder-subsventionen erhielten wir vom JUFF - Frauenreferat (für Öffentlichkeitsarbeit, männliche Kinderbetreuung, Sommeraktionen wie Grillfest und Mädchenferienlager) und von der Abteilung Integration des JUFF (für ein integratives Kinderferienlager).

Betreutes Wohnen (BEWO)

Für den Arbeitsschwerpunkt „Betreutes Wohnen“ (Verwaltung der Übergangswohnungen, Betreuung der darin wohnenden Frauen und die ambulante Beratung in der Adamgasse) erhält der Verein Subventionen ausschließlich von Land und Stadt. Obwohl die hohen Ausfälle der Fördermittel im Jahr 2003 durch Nachtragssubsventionen im Folgejahr abgedeckt worden sind, ist das Hautproblem der Unsicher-



heit der Subventionszusagen immer noch nicht bereinigt. 2004 musste als Notplan erstmalig auch eine Subvention eines Bundesministeriums für diesen Bereich verwendet werden. Nur so konnte der Betrieb und das Angebot aufrechterhalten werden. Der Ausblick auf 2005 ist ungeklärt, die Reduzierung des Angebotes möglicherweise unumgänglich.

Einnahmen Betreutes Wohnen BEWO inklusive ambulante Beratung 2004

Land Tirol	82.518,91
Stadt Innsbruck	28.500,00
BM Gesundheit+Frauen (Teil für BEWO)	17.120,09

Im Jahresabschluss dieses Teilbereiches wird das endgültige Jahresergebnis 2004 der Gewinn-Verlustrechnung mit € - 1.214,87 angegeben.

Tagsätze und Subventionen für die Wohngemeinschaft

Die Höhe des Tagsatzes ergibt sich aus der Differenz zwischen den budgetierten Jahresausgaben und -einnahmen im Verhältnis zur angenommenen Auslastung der Wohngemeinschaft. Daher gilt: je niedriger die Subventionen, desto höher der Tagsatz. Finanziert wird der Tagsatz aus dem Sozialhilfe-Topf des Landes, an dem sich die Stadt zu 1/3 beteiligt. 2004 betrug der Tagsatz € 28,- pro Nacht pro Bewohnerin, das ist eine Steigerung um 100% innerhalb von 2 Jahren.

Der 3-Jahres-Vertrag mit der Stadt Innsbruck für die tagatzwirksame Subvention, wurde bis heute von Seiten der Stadt nicht verlängert. Erst durch eine Nachtragssubvention, die von Frau Bgm. Zach befürwortet wurde, wurde die Fördersumme der Stadt auf den Betrag von 2003 aufgestockt.

Einnahmen Wohngemeinschaft 2004

BM Justiz	12.077,00
Stadt Innsbruck	38.400,00
Land Tirol	80.000,00
BM für Gesundheit und Frauen (Teil für WG)	17.879,91
AK Tirol	2.000,00

Einnahme an Tagsätzen

davon 18.100,- Eingang 2005	72.780,00
sonstige Einnahmen	4.336,67

Im Jahresabschluss dieses Teilbereiches wird das endgültige Jahresergebnis 2004 der Gewinn-Verlustrechnung mit € - 19.651,26 angegeben. Dieser Minusbetrag ist größtenteils auf die Ausfälle der Tagssatzeinnahmen zurückzuführen, die mit 98.140,- budgetiert waren (Differenz zu den Einnahmen siehe Tabelle sind 25.360,-).

SpenderInnen

Ein besonderes Dankeschön ergeht an die SpenderInnen, die sowohl aus der Gruppe der Privatpersonen als auch aus der privaten Wirtschaft kommen. Nachdem die spendenden Privatpersonen anonym bleiben wollen, werden sie hier nicht namentlich angeführt.

- ▶ Aus dem Sektor Wirtschaft überließ uns die Firma M-Preis Lebensmittelgutscheine, die direkt an die Klientinnen weitergegeben wurden.
- ▶ Auch die Tiroler Tageszeitung ließ uns Sachspenden in Form von Lebensmittel zukommen.
- ▶ Der Alpenzoo stellte uns wie jedes Jahr eine Jahreseintrittskarte zur Verfügung.
- ▶ Das Gartenamt der Stadt Innsbruck stellte uns eine zweite Gartenbank zur Verfügung.
- ▶ Der WMF Österreich spendete uns Kochgeschirr für die Wohngemeinschaft.
- ▶ Die Firma Salesianer Miettex, Mietwäschevertriebs-gesmbh, überließ uns Handtücher und Geschirrtücher.
- ▶ Durch eine Versteigerungsaktion des Vereines Kunst XSINNDl von Bildern konnten fast 300,- außertourlich für den Kinderbereich entgegengenommen werden.

Sämtliche Geld- und Sachspenden wurden direkt und ausschließlich an Klientinnen weitergegeben und flossen nicht in die Einnahmen bzw. Ausgaben für den laufenden wirtschaftlichen Betrieb mit ein, da wir der Überzeugung sind, dass dieser von der öffentlichen Hand und nicht von Privatpersonen finanziell aufrechterhalten werden muss.



Statistische Daten der Beratungsstelle 2004

Beratungsstelle – Leistungsdaten

Die Anzahl der Klientinnen ist im Vergleich zu 2001 um 100% gestiegen, zum Vorjahr um ca. 23%.

	2003		2004	
Gesamtanzahl der betreuten Frauen	368	100%	451	100%
davon im ambulanten Bereich	356	97%	439	97%
und in betreuten Übergangswohnungen	12	3%	12	3%

Statistische Daten zur Ambulanten Betreuung

Im Vergleich zu 2003 nahm die Anzahl der Kontakte um fast 55% zu – die Steigerung der Anzahl der betreuten Frauen beträgt 23%. D.h. der Bedarf an und die Anzahl von Kontakten pro Frau ist zum Vorjahr gestiegen. Besonders deutlich ist die Steigerung der Kontakte mit Ämtern, Institutionen. Hier wird die Bedeutung der Vermittlerinnenrolle im Kontakt mit Behörden besonders deutlich. Die gestiegenen telefonischen Beratungen betreffen vor allem Frauen aus anderen Bezirken Tirols oder anderen Bundesländern.

Gliederung Anzahl der Kontakte mit Ämtern, Institutionen, Personen

Die häufigen Kontakte mit dem Sozialamt und den caritativen Einrichtungen bestätigen den Trend der immer noch ansteigenden Anfragen um einmalige finanzielle Hilfestellungen. Durch ein Leben am Existenzminimum resultiert aus jeder aussergewöhnlichen Belastung eine finanzielle Notlage.

Anzahl und Form der Kontakte mit ambulant betreuten Frauen

(2003: n = 2809; 2004: n = 4341; Mehrfachnennungen möglich)

	2003		2004	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
telefonische Kontakte mit Frauen	800	28,5%	1188	27%
Kontakte mit Frauen in der Beratungsstelle	990	35,2%	1040	24%
Kontakte mit Ämtern, Institutionen, Personen	1002	35,7%	2089	48%
Hausbesuche bei Frauen	17	0,6%	24	0,6%
Summe	2809	100%	4341	100%

Anzahl der Kontakte mit Ämtern, Institutionen, Personen

(2003: n = 1002; 2004: n = 2089; Mehrfachnennungen möglich)

	2003		2004	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Sozialamt	187	19%	349	17%
AMS	24	2%	51	2%
Arbeiterkammer, Arbeitsstelle, -gerberIn, TGKK	28	3%	68	3%
Rechtsanwalt /-anwältin (Scheidungsberatung u.a.)	23	2%	52	2%
Polizei	4	0,4%	35	2%
Gericht	19	2%	54	3%
Staatsbürgerschaftsstelle, Pass-/Einwohnermeldeamt	17	2%	41	2%
Jugendamt, Kindergarten, Schule, Pflegefamilie	36	4%	93	4%
Mietzinsbeihilfenstelle	6	1%	25	1%
Mieterschutzverband, Mietervereinigung, Hausverwaltung, Gebäudeverwaltung, VermieterIn	106	11%	199	10%
Wohnungsamt	38	4%	74	4%
Caritative Einrichtung (Stift Wilten, Tir. Hilfswerk, u.ä.)	286	29%	647	31%
and. soz. Einrichtung (WAMS, Schuldnerberatung ...)	133	13%	164	8%
andere Person/Amt/Institution (IKAG, TILAK, Bank, FA, Gesundheitsamt, Arzt, Versicherung ...)	95	9%	237	11%
Summe	1002	100%	2089	100%

Beratungsstelle
Leistungsdaten

Inhalte der Beratungstätigkeit

(2003: n = 2809; 2004: n = 4341; Mehrfachnennungen möglich)

	2003		2004	
Wohnen				
akute Wohnungslosigkeit	251	9%	335	8%
drohende Wohnungslosigkeit	162	6%	370	9%
Wohnorganisation	1095	39%	1313	30%
Finanzielles				
Sozialhilfebefugte	876	31%	1600	37%
finanzielle/existenzielle Belange	1692	60%	2482	57%
rechtliche oder Rechtsberatung	281	10%	563	13%
Arbeit				
Arbeitslosigkeit, -platzsuche, -platzprobleme	452	16%	654	15%
Arbeitsplatz allgemein	245	9%	303	7%
Kinder Belange				
Kindererziehung	328	12%	428	10%
Kinder rechtliches und finanzielles	682	24%	862	20%
Soziales Umfeld / Beziehungen				
Partner/in	335	12%	493	11%
Familie, FreundIn, Bekannte	355	13%	432	10%
Lebensalltag, soziales Umfeld allgemein	581	21%	880	20%
Gesundheit				
Gesundheit physisch	523	19%	673	16%
Gesundheit psychisch	465	17%	684	16%
Beschäftigung und Aufenthalt von Migrantinnen	182	6%	284	7%
Erfahrungen mit Gewalt				
psychische Gewalt	152	5%	300	7%
physische Gewalt	118	4%	149	3%
strukturelle Gewalt	102	4%	364	8%

Der Delogierungsprävention kommt im Bereich Wohnen – drohende Wohnungslosigkeit ein großer Stellenwert zu. Dass sich die Prozentzahl in der Kategorie „strukturelle Gewalt“ verdoppelte, weist eindeutig darauf hin, dass Frauen – speziell mit Kindern – einen erschwerten Zugang zu Wohnraum und Arbeitsplätzen haben.

Alter der Frauen (2003: n = 356; 2004: n = 439)

	2003		2004	
unter 25	68	19%	97	22%
25 bis 29	66	19%	71	16%
30 bis 39	98	28%	101	23%
40 bis 49	55	15%	67	15%
über 50	35	10%	48	11%
unbekannt	34	10	55	13%
	356	100%	439	100%

Familienstand

	2003		2004	
ledig	113	32%	138	31%
geschieden	72	20%	88	20%
verheiratet	80	22%	88	20%
getrennt lebend	20	6%	36	9%
Lebensgemeinschaft	26	7%	26	6%
verwitwet	10	3%	15	3%
unbekannt	35	10%	48	11%
	356	100%	439	100%

Frauen und Kinder

	2003		2004	
mit Kindern	253	71%	309	70%
ohne Kinder	79	22%	91	21%
unbekannt	24	7%	39	9%
	356	100%	439	100%

Schwangerschaften

	2003		2004	
ja	36	10%	40	9%
nein	285	80%	256	58%
unbekannt	35	10%	143	33%
gesamte Anzahl Frauen	356	100%	439	100%

Kinderanzahl (2003: n = 253; 2004: n = 309)

	2003		2004	
unbekannt	8	2%	3	1%
1 Kind	107	30%	115	37%
2 Kinder	71	20%	104	34%
3 Kinder	34	10%	57	18%
4 Kinder	20	6%	24	8%
5 Kinder	5	1%	3	1%
6 Kinder	7	2%	3	1%
7 Kinder	1	0,3%		
	253	100%	309	100%

Staatsangehörigkeit (2003: n = 356; 2004: n = 439)

	2003		2004	
Österreich	250	70%	289	66%
Serbien, Kroatien, Bosnien, Slowenien	39	11%	51	11,7%
Rumänien, Bulgarien, Albanien, Russland, Tschechien, Ukraine, Ungarn	6	2%	8	2%
Türkei	19	5%	31	7%
BRD und Schweiz	6	2%	15	3%
Italien (inkl.Südtirol)	5	1%	5	1%
Iran (Persien), Armenien	2	1%	4	0,9%
Nigeria, Kongo, Freetown, Ghana, Sierra Leone	7	2%	5	1%
Marokko, Algerien, Ägypten	4	1%	1	0,2%
andere Länder (z.B. GB, Indien, Finnland, Lettland, Thailand)	4	1%	7	2%
Staatenlos			1	0,2%
unbekannt	14	4%	22	5%
	356	100%	439	100%

Hauptwohnsitz zum Zeitpunkt der Kontaktaufnahme bzw. Jahresanfang

(2003: n = 356; 2004: n = 439)

	2003		2004	
Stadt Innsbruck	220	62%	262	60%
Land Tirol ohne Innsbruck	78	22%	122	28%
Anderes Bundesland	7	2%	7	2%
Ausland	4	1%	6	1%
Ohne Hauptwohnsitz	25	7%	24	5%
unbekannt	22	6%	18	4%
	365	100%	439	100%

Wohnsituation zum Zeitpunkt der Kontaktaufnahme / Jahresanfang

(2003: n = 356; 2004: n = 439)

	2003		2004	
eigene Hauptmiete	117	33%	179	41%
Gemeinde-, Stadtwohnung	65	18%	59	13%
Bekannte / Freunde	34	10%	32	7%
Eltern, Kinder, Verwandte	37	10%	43	10%
keine Unterkunft	21	6%	17	4%
Partner	42	12%	39	9%
eigene Untermiete / Zimmer	7	2%	14	3%
andere soziale Einrichtung (Chill out, Frauenhaus ...)	6	2%	4	1%
Studentenheim, Ferienwohnung, Dienstzimmer			3	1%
Notunterkunft (Städt. Herberge, Stift, Kloster ...)	7	2%	7	2%
Psychiatrie / Therapieeinrichtung / Klinik	2	1%	6	1%
Eigentum mit / ohne Partner	1	0,3%	19	4%
Übergangswohnung DOWAS für Frauen	1	0,3%		
unbekannt	16	4%	17	4%
	365	100%	439	100%

Vor allem der Anteil der Frauen mit Eigentumswohnungen ist drastisch gestiegen. Das bestätigt: Eigentum schützt nicht vor einer Notlage.

Ausbildung/Beruflicher Status Kontaktaufnahme / Jahresanfang

(2003: n = 356; 2004: n = 439)

	2003		2004	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
ohne Ausbildung	141	40%	201	46%
abgeschlossene Ausbildung	58	16%	56	13%
Akademikerin (abgeschlossenes Studium)			4	1%
Facharbeiterin (Lehre)	30	8%	22	5%
Schülerin / Lehrling	5	1,4%	10	2%
Studentin / Maturantin	7	2%	10	2%
2. Bildungsweg	1		3	1%
unbekannt	114	32%	133	30%
	356	100%	439	100%

Einkommenssituation zum Zeitpunkt der Kontaktaufnahme / Jahresanfang

(2003: n = 356; 2004: n = 439; Mehrfachnennungen möglich)

	2003		2004	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Arbeitseinkommen	97	27%	134	31%
Arbeitslosengeld	36	10%	41	9%
Notstandshilfe	17	5%	30	7%
Karengeld, Kindergeld, Erziehungszuschuss, Wochengeld	39	11%	43	10%
Sondernotstandshilfe	2	1%		
Krankengeld, Pflegegeld, REHA	13	4%	12	3%
Pension, Pensionsvorschuss	38	11%	39	9%
Unterhalt	12	3%	8	2%
Unterhalt Kinder	68	19%	87	20%
Familienbeihilfe	140	39%	175	40%
Sozialhilfe	82	23%	77	18%
Mietzinsbeihilfe	88	25%	106	24%
Sonstiges (Stipendium, AMS f. Lehrabschluss, Kinderbetreuungsbeihilfe, Waisenrente ...)	6	2%	9	2%
kein gesicherter Lebensunterhalt	63	18%	67	15%
unbekannt	26	7%	40	9%
Einkommen des Partners oder Familienmitglieder	57	16%	67	15%

Stichwort „working poor“ – der erhöhte Anteil von Frauen mit eigenem Arbeitseinkommen zeigt die Schwierigkeit mit dem Verdienst (aus oftmals mehreren Arbeitsstellen gleichzeitig) die Existenz absichern zu können. Auch berufstätige Frauen sind oftmals auf Fremdhilfe angewiesen, um das tägliche Leben finanziell bestreiten zu können.

Beratungsstelle Sozialdaten

Anzahl Kontakte Frau pro Jahr

4341 Kontakte bei insgesamt 439 Frauen ergibt eine durchschnittliche Kontakteanzahl von 10 Kontakten pro Frau pro Jahr, wobei ca. 2/3 der Frauen weniger als 10 Kontakte im Jahr haben und 1/3 mehr als 10 Kontakte pro Jahr.

2003 lag die durchschnittlich Anzahl bei 8 Kontakten pro Frau, die Verteilung 2/3 zu 1/3 war gleich.

Die Problemlagen werden vielschichtiger, der Bedarf an Kontakten pro Frau steigt dadurch an.

Vermittelnde Stellen (2003: n = 335; 2004: n = 439)

	2003		2004	
Bekannte / Verwandte	101	28%	136	31%
Medien / PR / Inserate	34	10%	37	8%
andere soziale Einrichtungen (DOWAS Bruneckerstr., Caritas, AusländerInnenberatung, Frauenhaus ...)	91	26%	83	19%
eigene Stelle / eigene Einrichtung	72	20%	83	19%
Ämter, Institutionen (Klinik, Sozialamt, Jugendamt, AMS, Gemeinde-, Wohnungsamt ...)	27	8%	29	7%
sonstige (ÄrztIn, Rechtsanwalt/-anwältin, Volksanwalt ...)	15	4%	19	4%
unbekannt	16	4%	52	12%
	356	100%	439	100%

„Hilfe wird zum Luxus“

Statistische Daten zum Betreuten Wohnen 2004

Betreutes Wohnen – Leistungsdaten

2004: 4 Frauen aus BEWO ausgeschieden, 2 Frauen neu eingezogen 3 Wohnungen zurückgegeben, 1 Wohnung neu angemietet 8 von 12 Frauen haben Kinder. Insgesamt haben die 12 Frauen 21 Kinder (inklusive volljährige und fremd-untergebrachte)

	2003	2004
Gesamtzahl der Frauen	14	12
... der Kinder	14	11
Summe Betreute Personen	28	23
Anzahl der Wohnungen	12	12

Betreutes Wohnen Leistungsdaten

Deutlich die Zunahme an Kontakten in der Beratungsstelle um mehr als das Doppelte. Die dort vorhandene Infrastruktur war nötig um die Problemlagen zu bearbeiten.

Anzahl und Form der Kontakte mit Frauen in Übergangswohnungen

(2003: n = 1265; 2004: n = 1242; Mehrfachnennungen möglich)

	2003		2004	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Telefonisch	492	39%	148	12%
in der Beratungsstelle	201	16%	499	40%
Hausbesuche	129	10%	121	10%
Kontakte mit Ämtern, Institutionen, Personen	443	35%	474	38%
Summe	1265	100%	1242	100%

Gliederung Anzahl Kontakte mit Ämtern, Institutionen, Personen

(2003: n = 443; 2004: n = 474; Mehrfachnennungen möglich)

	2003		2004	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
AMS	41	9%	42	9%
Gericht	15	3%	13	3%
Jugendamt, Kindergarten, Schule	31	7%	30	6%
Mietzinsbeihilfenstelle	10	2%	14	3%
Mieterschutzverband, VermieterIn, Hausverwaltung	81	18%	80	17%
Polizei			1	0,2%
Sozialamt	73	16%	59	20%
Wohnungsamt	22	5%	12	3%
Staatsbürgerschaftsstelle, Passamt, Einwohnermeldeamt	1	0,2%		
caritative Einrichtung (Stift Wilten, Tiroler Hilfswerk ...)	34	8%	41	9%
andere soziale Einrichtungen (WAMS, Schuldnerberatung ...)	41	9%	14	3%
Arbeitgeber, Arbeitsstelle, AK, TGKK (2003 bei „andere ...“)			16	3%
andere Person / Amt / Institution (PVA, Klinik, Arzt, Haus- meister, IKB, Rechtsanwalt, SachwalterIn, Finanzamt)	94	21%	116	24%
Summe	443	100%	474	100%

Inhalte der Beratungstätigkeit

(2003: n = 1265; 200: n = 1242; Mehrfachnennungen möglich)

	2003		2004	
Wohnen				
drohende Wohnungslosigkeit	162	6%	370	9%
Wohnorganisation	1095	39%	1313	30%
Finanzielles				
Sozialhilfebefange	876	31%	1600	37%
finanzielle / existenzielle Befange	1692	60%	2482	57%
rechtliche oder Rechtsberatung	281	10%	563	13%
Arbeit				
Arbeitslosigkeit, -platzsuche, -platzprobleme	452	16%	654	15%
Arbeitsplatz allgemein	245	9%	303	7%
Kinder Befange				
Kindererziehung	328	12%	428	10%
Kinder rechtliches und finanzielles	682	24%	862	20%
Soziales Umfeld / Beziehungen				
Partner / in	335	12%	493	11%
Familie, FreundIn, Bekannte	355	13%	432	10%
Lebensalltag, soziales Umfeld allgemein	581	21%	880	20%
Gesundheit				
Gesundheit physisch	523	19%	673	16%
Gesundheit psychisch	465	17%	684	16%
Beschäftigung und Aufenthalt von Migrantinnen	182	6%	284	7%
Erfahrungen mit Gewalt				
psychische Gewalt	152	5%	300	7%
physische Gewalt	118	4%	149	3%
strukturelle Gewalt	102	4%	364	8%

Betreutes Wohnen
Sozialdaten

Alter der Frauen (2003: n = 14; 2004: n = 12)

	2003		2004	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
unter 25	5	36%	4	33%
25 bis 29	4	29%	3	25%
30 bis 39	4	29%	2	17%
40 bis 49	1	7%	3	25%
Summe	14	100%	12	100%

Kinderanzahl pro Frau im Betreuten Wohnen

	2003		2004	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
1 Kind	3	21%	1	8%
2 Kinder	4	29%	3	25%
3 Kinder	1	7%	2	17%
4 Kinder	0	0%	2	17%
keine Kinder	16	43%	4	33%
gesamte Anzahl Frauen	14	100%	12	100%

Staatsangehörigkeit

	2003		2004	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Österreich	10	71%	9	75%
Türkei	1	7%	1	8%
Serbien	1	7%	1	8%
Kroatien	1	7%	1	8%
BRD	1	7%	0	0%
Summe	14	100%	12	100%

Ausbildung / Beruflicher Status

	2003		2004	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
ohne Berufsausbildung	11	79%	9	75%
Facharbeiterin (Lehre)	2	14%	2	17%
abgeschlossene Berufsausbildung			1	8%
Schülerin/Lehrling	1	7%		
Summe	14	100%	12	100%

Einkommenssituation zum Jahresende bzw. bei Auszug

(2003: n = 14; 2004: n = 12; Mehrfachnennungen möglich)

	2003		2004	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Arbeitseinkommen	4	29%	4	33%
Sonder-, Notstandshilfe			1	8%
Karenzgeld	1	7%	1	8%
Unterhalt für Kinder	3	21%	5	42%
Unterhalt für sich selbst	2	14%	3	25%
Pension	1	7%	3	25%
Sozialhilfe	8	57%	6	50%
Familienbeihilfe	9	64%	6	50%
Krankengeld			2	17%
Mietzinsbeihilfe	12	86%	7	58%
Arbeitslosengeld	5	36%	1	8%
Lebensunterhalt sonstiger	1	7%	1	8%

Verweildauer der Frauen in den Wohnungen

(2003: n = 4 Frauen ausgezogen; 2004: n = 4 Frauen ausgezogen)

	Anzahl Tage		Anzahl Frauen	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
bis 365 Tage (unter 1 Jahr)				
366 bis 547,5 Tage (1 bis 1,5 Jahre)	2	50%	1	25%
548 bis 730 Tage (1,5 bis 2 Jahre)	1	25%		
731 bis 912,5 Tage (2 bis 2,5 Jahre)	1	25%	2	50%
mehr als 2,5 Jahre		100%	1	25%

Wohnsituation nach Auszug (2003: n = 4 Frauen ausgezogen; 2004: n = 4 Frauen ausgezogen)

	2003		2004	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Stadt/Gemeindewohnung	2	50%	1	25%
eigene Wohnung privater Markt			1	25%
Partner	1	25%	2	50%
andere soziale Einrichtung	1	25%		

Statistische Daten der Wohngemeinschaft 2004

Auslastung: Bei 12 zur Verfügung stehenden Plätze ergeben im Jahr 2003 4.380 mögliche Übernachtungen. Das ergibt eine Auslastung von 71%, im Schaltjahr 2004 4.392 mögliche Übernachtungen. Das ergibt eine Auslastung von 76 %.

	2003	2004
Anzahl der Frauen	23	27
Anzahl der Kinder	15	16
Insgesamt	38*	43**

* inkl. eine Frau und ein Kind 2 mal ein- und ausgezogen

** inkl. 2 Frauen und 2 Kinder 2 mal ein- und ausgezogen

2004 wohnten mehr Frauen in der Wohngemeinschaft als 2003, allerdings mit einer geringeren Aufenthaltsdauer/weniger Übernachtungen. Daraus ergibt sich die geringere Auslastung, wobei aber der Arbeits- und Betreuungsaufwand für die Mitarbeiterinnen durch häufigere Wechsel/Ein- und Auszüge steigt. Ein weiterer Aspekt ist, dass die fremduntergebrachten Kinder von Bewohnerinnen sich am Wochenende bei der Mutter in der Wohngemeinschaft aufhalten können. Dies erfordert das Bereitstellen eines größeren Zimmers/eines oder mehrerer Extra-Betten, die in die Auslastungszahlen der Tagsatzabrechnungen nicht einfließen. Von 10 Frauen waren 2004 insgesamt 12 Kinder fremduntergebracht und sind somit nicht in die WG miteingezogen.

Anzahl der Nächtigungen (Frauen und Kinder)

	2003		2004	
Jänner	229	10	272	11
Februar	181	13	232	8
März	306	11	218	9
April	267	13	189	8
Mai	282	11	66	7
Juni	218	11	238	11
Juli	233	9	242	12
August	297	10	241	10
September	293	10	303	12
Oktober	281	14	325	11
November	233	10	305	11
Dezember	280	12	274	14
Summe	3100		2905	
Durchschnittliche Nächtigungszahl pro Monat		258		242
Durchschnittliche Nächtigungszahl pro Tag		8		8

Durchschnittliche Aufenthaltsdauer von Frauen mit und ohne Kinder in der Wohngemeinschaft

(2003: n = 18, da 5 Frauen über Jahreswechsel nach 2004 in der Wohngemeinschaft lebten
2004: n = 21, da 6 Frauen über Jahreswechsel nach 2005 in der Wohngemeinschaft lebten)

Frauen, die mit Kindern einzogen sind oder während des Aufenthalts Geburten hatten: Anzahl der Nächte

(2003: Durchschnitt - n = 11 da eine Frau 2x eingezogen ist;
2004: Durchschnitt - n = 12 da 2 Frauen 2x eingezogen sind)

	2003	2004
Summe der Nächte	831	842
Nächte-Durchschnitt	76	70

Der Trend von 2003 verstärkt sich: Frauen mit Kindern bleiben deutlich länger in der WG als Frauen ohne Kinder (2003: 76 zu 71 Tage durchschnittlich, 2004: 70 zu 58 Tage).

Die Verweildauer unabhängig von Kinder ist 2004 (65 Tage durchschnittlich, das sind zwei Monate eine Woche) unter der Zahl von 2003 (74 Tage durchschnittlich sind 2,5 Monate).

Frauen ohne Kinder: Anzahl der Nächte

(2003: Durchschnitt - n = 7; 2004: Durchschnitt - n = 9)

	2003	2004
Summe der Nächte	500	521
Nächte-Durchschnitt	71	58

Nächte-Durchschnitt aller 18 Frauen 2003: 74
Nächte-Durchschnitt aller 21 Frauen 2004: 65

Hauptwohnsitz der Frauen beim Einzug in die Wohngemeinschaft

(2003: n = 18; 2004: n = 22;

Frauen die mit 1.1. d.J. schon in der Wohngemeinschaft lebten sind hier nicht angeführt)

	2003		2004	
Innsbruck Stadt	13	72%	14	64%
Land Tirol	3	17%	7	32%
Anderes Bundesland	1	6%	1	4%
Ausland	1	6%	0	0%
	18	100%	22	100%

Wohngemeinschaft

Auch bei der Altersstruktur der Bewohnerinnen hat sich der Trend der letzten Jahre zu jungen Frauen verstärkt: 63% des Klientels sind unter 25 Jahren.

3 Kinder wurden 2004 während des Aufenthaltes der Mutter in der WG geboren. Die Hälfte aller Kinder, die in der WG lebten, waren unter 1 Jahr.

Dies zeigt den hohen Bedarf an adäquaten Einrichtungen für junge Frauen und für Frauen mit (kleinen) Kindern in Innsbruck und Tirol, in denen speziell auf deren Bedürfnisse eingegangen werden kann.

Alter der Frauen (2003: n = 23; 2004: n = 27)

	2003		2004	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
bis 25 Jahre	8	35%	17	63%
25-29 Jahre	5	22%	3	11%
30-39 Jahre	5	22%	5	19%
40-49 Jahre	3	13%	2	7%
über 50 Jahre	2	9%	0	0%
Gesamt	23	100%	27	100%

Alter der Kinder (2003: n = 15; 2004: n = 16)

	2003		2004	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
0 bis 1 Jahre	6	40%	8	50%
2 bis 3 Jahre	2	13%	5	31%
4 bis 6 Jahre	3	20%	1	6%
7 bis 10 Jahre	4	27%	2	13%
Gesamt	15	100%	16	100%

Vermittelnde Stellen (2003: n = 18; 2004: n = 22; Frauen die mit 1.1. d.J. schon in der Wohngemeinschaft lebten sind hier nicht angeführt)

	2003		2004	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Andere soziale Einrichtungen (Frauenhaus, Chill Out, Frauen helfen Frauen)	6	33%	5	23%
Verwandte/Bekannte	6	33%	2	9%
Jugendamt	3	17%	2	9%
DOWAS für Frauen schon bekannt	0	0%	2	9%
Klinik Innsbruck	0	0%	3	14%
Sozialamt	0	0%	0	0%
eigene Einrichtung	1	6%	6	27%
Politikerin	1	6%	0	0%
Inserat, Werbung			1	5%
Therapeutin			1	5%
selbst (hat sich DOWAS für Frauen selbst gesucht)	1	6%	0	0%
Gesamt	18	100%	22	100%

Der Anteil der Frauen mit abgeschlossener Berufsausbildung oder Facharbeiterinnen ist deutlich gestiegen. D.h. Frauen mit eigenem Arbeitseinkommen oder einer eigenen Wohnung (s. Tab Wohnsituation) vom privaten Wohnungsmarkt sind immer häufiger in Notsituationen, die es notwendig machen unsere Einrichtung aufzusuchen.

Ausbildung / Beruflicher Status (2003: n = 23; 2004: n = 27)

	2003		2004	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Ohne Berufsausbildung	14	61%	16	59%
Abgeschlossene Berufsausbildung	3	13%	5	18%
Facharbeiterin	4	17%	3	11%
abgebrochene Lehre	1	4%		
angelernt			1	4%
Schülerin/Lehrling			1	4%
Studentin/Maturantin	1	4%	1	4%
	23	100%	27	100%

Einkommenssituation beim Einzug in die Wohngemeinschaft

(2003: n = 18; 2004: n = 22; Mehrfachnennungen möglich;
Frauen die mit 1.1. d.J. schon in der Wohngemeinschaft lebten sind hier nicht angeführt)

2003 waren die Zahlen bei „kein gesicherter Lebensunterhalt“ und die der Sozialhilfebezieherinnen deutlich im Spitzenfeld. 2004 sind Frauen, die ein Arbeitseinkommen haben, den Sozialhilfebezieherinnen prozentuell gleichgestellt – Kinder verschärfen die finanzielle Notsituation trotz eigenem Arbeitseinkommen gravierend.

	2003		2004	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Kein gesicherter Lebensunterhalt	9	50%	2	9%
Krankengeld, Notstandshilfe, Sondernotstand	1	6%	3	14%
Wochenhilfe, Karenzgeld, Kindergeld	2	11%	5	23%
Arbeitseinkommen	3	17%	5	23%
Sozialhilfe	4	22%	5	23%
Unterhalt für sich			1	5%
Unterhalt für Kinder			4	18%
Familienbeihilfe	4	22%	5	23%
Einkommen Partner / Familienmitglied	2	11%	1	5%
Pension / Pensionsvorschuss	2	11%		

Wohngemeinschaft

Einkommenssituation beim Auszug aus der Wohngemeinschaft

(2003: n = 18, da 5 Frauen über den Jahreswechsel nach 2004 in der Wohngemeinschaft lebten;
2004: n = 21; da 5 Frauen über den Jahreswechsel nach 2005 in der Wohngemeinschaft lebten;
Mehrfachnennungen möglich)

	2003		2004	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Sondernotstand, Krankengeld	3	17%	4	19%
Sozialhilfe	8	44%	8	38%
Arbeitseinkommen	5	28%	6	29%
Karenzgeld, Kindergeld	3	17%	9	43%
Unterhalt	1	6%	1	5%
Kein gesicherter Lebensunterhalt	1	6%		
Pension / Pensionsvorschuss	2	11%		
Mietzinsbeihilfe	2	11%		
Familienbeihilfe	2	11%	4	19%
Einkommen Partner / Familienmitglied	1	6%	1	5%
Unterhalt für Kinder	1	6%	3	14%

Anlässe für den Einzug in die Wohngemeinschaft (2002: n = 19; 2003: n = 18;

Frauen die mit 1.1. d. J. schon in der Wohngemeinschaft lebten sind hier nicht angeführt)

	2003		2004	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Konflikte/Trennung vom Partner	8	44%	5	23%
Wohnungslosigkeit durch Kündigung / Delogierung	1	6%	2	9%
Konflikte mit Eltern/Verwandten	2	11%	6	27%
Aufenthalt in anderer Einrichtung abgelaufen	1	6%	1	5%
Wohnungslosigkeit nach Klinik/sych. Aufenthalt			1	5%
wegen Schwangerschaft berufsunfähig und wohnungslos			1	5%
verdeckte Wohnungslosigkeit (bei Freundin/Bekannte/Privatauto)	6	33%	6	27%
	18	100%	22	100%

Der Grund für den hohen Anteil an jungen Frauen sind vor allem Eltern- und Partnerkonflikte. Die versteckte Wohnungslosigkeit bezieht sich auf alle Altersgruppen und ist 2004 einer der höchsten Werte.

Wohnsituation vor dem Einzug in die Wohngemeinschaft (2003: n = 18; 2004: n = 22;
Frauen die mit 1.1. d.J. schon in der Wohngemeinschaft lebten sind hier nicht angeführt)

Als neuen Trend sehen wir, dass Frauen auch direkt im Anschluss an eine therapeutische Einrichtung in die WG einziehen – der Bedarf an Betreuungseinrichtungen für Frauen mit / nach psychischen Erkrankungen steigt ständig (siehe auch Artikel Arbeitskreise).

Neu ist ebenfalls die Tatsache, dass Frauen ihre Wohnungen vom privaten Markt nicht mehr finanzieren können und direkt von einer eigenen Wohnung in die WG übersiedeln (müssen).

	2003		2004	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
FreundIn/ Bekannte	7	39%	5	23%
eigenen Hauptmiete privater Wohnungsmarkt			2	9%
ohne Unterkunft				
andere soziale Einrichtung (Frauenhaus ...)	1	6%	1	5%
therapeutische Einrichtung / Psychiatrie			2	9%
Untermiete / Zimmer				
Eltern / Verwandte	3	17%	5	23%
Partner	5	28%	5	23%
Notunterkunft	2	11%	1	5%
Gemeinde / Stadtwohnung			1	5%
	18	100%	22	100%

Wohnsituation beim Auszug aus der Wohngemeinschaft

(2003: n = 18, da 5 Frauen über den Jahreswechsel nach 2004 in der Wohngemeinschaft lebten;
2004: n = 21; da 6 Frauen über den Jahreswechsel nach 2005 in der Wohngemeinschaft lebten;)

Deutlich gestiegen ist der Anteil der Frauen, die zurück zum Partner, bzw. neu: zu Bekannten, zog (zusammen 43%), was auch zurück in die verdeckte Wohnungslosigkeit bedeuten kann.

	2003		2004	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Hauptmiete	8	44%	8	38%
Gemeinde / Stadtwohnung	2	11%		
Eltern / Verwandte	1	6%	1	5%
Partner	1	6%	6	28%
unbekannt	1	6%	1	5%
FreundIn/ Bekannte			3	14%
Untermiete / Zimmer	2	11%	1	5%
Schüler / Studentenheim			1	5%
Notunterkunft / Städt. Herberge	2	11%		
Betreute Übergangswohnung				
Psychiatrie / Therapieeinrichtung	1	6%		
	18	100%	21	100%

Wohngemeinschaft

NICHT eingezogene Frauen

2004: n = 71 mit Kontaktaufnahme und Termin für Aufnahmegespräch.

2004: n = 65 Telefonische Absage beim Erstkontakt, da WG voll und Frauen auf Warteliste.

Von den 71 Frauen haben 25 schon vor einem Termin zum Aufnahme- / Informationsgespräch, das vor jedem Einzug mit 2 Mitarbeiterinnen stattfindet, abgesagt (Der Grund war hauptsächlich: durch die langen Wartezeiten auf einen Platz, keinen Bedarf mehr). Mit 46 Frauen wurde der Termin für das Informationsgespräch vereinbart.

Davon haben sich 39 Frauen gegen den Einzug entschieden (durch Nicht-Erscheinen ohne Absage oder wegen zu langer Wartezeiten für Einzug).

7 Frauen musste das Team absagen (Hauptgrund: nicht die Zielgruppe da akute psychische Probleme oder Aufenthaltsstatus).

Inklusive den 22 Frauen, die 2004 eingezogen sind, wurden also 68 Aufnahme/Informationsgespräche geführt oder vereinbart. Das bedeutet dass pro Termin 2 Mitarbeiterinnen in ihrem Dienstplan eine Stunde dafür freigehalten haben, egal ob die Frau zum Termin erscheint oder unentschuldigt fernbleibt.

Daten zu Kindern (2003: 23 Frauen, 15 Kinder; 2004: 27 Frauen, 16 Kinder)

	2003	2004
Anzahl der Kinder in WG	15	16
davon mit Mutter gekommen	13	13
davon zur Zeit des Aufenthalts geboren	2	3
Anzahl der Kinder die nicht mit Frauen eingezogen sind	9*	14**
Anzahl Frauen mit Kinder in WG	15	18
Anzahl Frauen ohne Kinder in WG	8	9***

(jeweils unabhängig davon ob Kinder mit eingezogen sind oder nicht)

* von insgesamt 7 Frauen

** von insges. 10 Frauen, davon 2 Kinder bereits volljährig

*** zwei davon 2x ein- und ausgezogen

www.dowas-fuer-frauen.at



Beratungsstelle

Adamgasse 4/II · A-6020 Innsbruck
Tel. 0 512 - 56 24 77 · Fax 0 512 - 56 24 77-7
buero@dowas-fuer-frauen.at

Sozialpädagogische Wohngemeinschaft

Dr. Stumpf-Straße 118 · A-6020 Innsbruck
Tel. 0 512 - 29 54 98 · Fax 0 512 - 29 54 98
wg@dowas-fuer-frauen.at

